



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE DER UNION
FACHABTEILUNG B: STRUKTUR- UND KOHÄSIONSPOLITIK

KULTUR UND BILDUNG

SENKUNG DER SCHULABBRECHERQUOTE IN DER EU

STUDIE

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Dokument wurde vom Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben.

VERFASSER

GHK Consulting Ltd
Anne-Mari Nevala
Jo Hawley

In Zusammenarbeit mit Dermot Stokes, Katie Slater, Manuel Souto Otero, Ruth Santos, Claire Duchemin und Anna Manoudi

ZUSTÄNDIGE VERWALTUNGSBEAMTIN

Ana Maria Nogueira
FACHABTEILUNG B: STRUKTUR- UND KOHÄSIONSPOLITIK
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail: poldep-cohesion@europarl.europa.eu

REDAKTIONELLE MITARBEIT

Lyna Pärt

SPRACHFASSUNGEN

Original: DE
Übersetzungen: BG, CS, DA, EL, EN, ES, ET, FI, FR, HU, IT, LT, LV, MT, NL, PL, PT, RO, SK, SL, SV.

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Kontakt zur Fachabteilung oder Bestellung des monatlichen Newsletters:
poldep-cohesion@europarl.europa.eu.

Redaktionsschluss: Juni 2011
Brüssel, © Europäisches Parlament, 2011

Dieses Dokument ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:
<http://www.europarl.europa.eu/studies>

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung der Veröffentlichung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE DER UNION
FACHABTEILUNG B: STRUKTUR- UND KOHÄSIONSPOLITIK

KULTUR UND BILDUNG

**VERRINGERUNG DER
SCHULABBRECHERQUOTE IN DER EU**

STUDIE

ZUSAMMENFASSUNG

Kurze Inhaltsangabe

Diese Studie befasst sich mit dem Wesen und Umfang der Problematik des Schulabbruchs in der EU. Es wird im Einzelnen untersucht, welche Lösungsansätze die Länder nutzen und wodurch sich wirksame Strategien auszeichnen. Ausgehend davon werden Zukunftsempfehlungen für Akteure auf europäischer und nationaler Ebene gegeben. Die Studie beruht auf detaillierten Erhebungen in neun Mitgliedstaaten sowie einer Auswertung der internationalen und nationalen Literatur.

LISTE DER ABKÜRZUNGEN

- ALJ** Action locale pour jeunes (Lokale Aktion für die Jugend, Luxemburg)
- Cedefop** Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
- DEIS** Delivering Equality of Opportunity in Schools (Für Chancengleichheit an Schulen, Irland)
- GD EAC** Generaldirektion Bildung und Kultur
- GD EMPL** Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit
- E2C** Écoles de la 2eme Chance (Schulen des zweiten Bildungswegs, Frankreich)
- ECEC** Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (Early childhood education and care)
- EEO** Europäisches Beschäftigungsobservatorium
- EBS** Europäische Beschäftigungsstrategie
- EMA** Educational Maintenance Allowance (britische Ausbildungsbeihilfe)
- EPPE** Effective Provision of Pre-School Education project (britisches Projekt für effektive Vorschulbildung)
- EQR** Europäischer Qualifikationsrahmen
- ESF** Europäischer Sozialfonds
- ESL** Vorzeitiger Schulabbruch/Schulabbrecher [Early School Leaver(s)]
- ESO** Educación Secundaria Obligatoria (obligatorische Sekundarbildung, Spanien)
- ESRI** Economic and Social Research Institute, Irland
- SBB** Schulische und berufliche Bildung
- ET2010** Europäischer strategischer Rahmen für allgemeine und berufliche Bildung 2010

- ET2020** Europäischer strategischer Rahmen für allgemeine und berufliche Bildung 2020
- BIP** Bruttoinlandsprodukt
- ISCED** Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
- (I)VET** (Initial) vocational education and training [berufliche (Erst-) Ausbildung und Weiterbildung]
- JCSP** Junior Certificate School Programme, Irland
- JSA** Jobseekers Allowance (Arbeitslosenunterstützung), Irland und VK
- LCA** Leaving Certificate Applied (Praxisorientiertes staatliches Abschlusszeugnis, Irland)
- AKE** Arbeitskräfteerhebung
- LSBT** Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle
- LLP** Programm für Lebenslanges Lernen
- LOE** Organgesetz für Bildung,– Spanien
- MBO** Middelbaar beroepsonderwijs (berufliche Sekundarbildung, Niederlande)
- MGI** Mission générale d'insertion (Programm zur sozialen Eingliederung, Frankreich)
- MLP** Programm für gegenseitiges Lernen
- MS** Mitgliedstaaten
- NEET** Not in Employment, Education and Training (nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung)
- NESSE** Network of Experts in Social Sciences in Education and Training (Expertennetzwerk für soziale Aspekte der allgemeinen und beruflichen Bildung)
- NRO** Nichtregierungsorganisation

- NEWB** National Educational Welfare Board, Irland
- NMA** New Modern Apprenticeship Scheme, Zypern
- NQR** Nationaler Qualifikationsrahmen
- OECD** Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- OMK** offene Methode der Koordinierung
- PCPI** Programas de Cualificación Profesional Inicial (Programme für berufliche Erstqualifizierung), Spanien
- ÖAV** Öffentliche Arbeitsverwaltung
- PISA** Internationale Schulleistungsstudie der OECD
- PLYA** Project Learning for Young Adults (Projektlernen für junge Erwachsene, Slowenien)
- p.p** Prozentpunkte
- PPRE** Programmes personnalisés de réussite éducative (individualisierte Programme zur Sicherung des Schulerfolgs), Frankreich
- PROA** Programas de Refuerzo, Orientación y Apoyo (Programm für Begleitung, Orientierung und Unterstützung), Spanien
- ProgeSs** Projekt gegen Schulschwänzen, Deutschland
- RAR** Réseaux ambition réussite (Netzwerk für Erfolgsförderung), Frankreich
- RASED** Réseaux d'aides spécialisées aux élèves en difficulté (Netzwerke zur besonderen Begleitung von Schülern mit Lernschwierigkeiten), Frankreich
- RONI** Risk of NEET indicator (Indikator für NEET-Risiko), VK
- RSR** Réseaux de réussite scolaire (Netzwerke für schulischen Erfolg), Frankreich
- SCP** School Completion Programme (Schulabschlussprogramm), – Irland

- SDE/ΣΔΕ** Schule des zweiten Bildungswegs, Griechenland
- SEN** Special Educational Needs – sonderpädagogischer Förderungsbedarf
- SPHE** Social, Personal and Health Education, Irland
- VMBO** *Vorbereidend middelbaar beroepsonderwijs* (berufsvorbereitende Sekundarbildung), Niederlande
- VTOS** Vocational Training Opportunities Scheme, Irland

ZUSAMMENFASSUNG

Die Schulabbrecherquote in der EU

Die meisten Jugendlichen durchlaufen das Schulsystem erfolgreich und schaffen den Einstieg in eine weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung bzw. in das Erwerbsleben. Doch **jeder siebente junge Europäer** verlässt das Bildungssystem ohne die Kompetenzen oder Abschlüsse, die heute als Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt und für eine aktive Teilhabe an der modernen wissensbasierten Wirtschaft gelten. Momentan gelten rund **6,4 Millionen junge Menschen in Europa als Schulabbrecher.**¹

In den meisten Teilen Europas ist die Schulabbrecherquote (SAQ) gesunken. Während sie 2000 bei 17,6 % lag, sind es heute nach einem Rückgang um 3,2 Prozentpunkte noch 14,4 %. In acht Ländern lag der Wert 2009 unterhalb des 10 %-Ziels der EU (Tschechische Republik, Litauen, Luxemburg, Österreich, Polen, Slowenien, Slowakei und Finnland). Länder wie Luxemburg, Litauen und Zypern können auf erhebliche Senkungen der SAQ im Zeitraum 2000-2009 zurückblicken.

Dennoch **rückt das EU-Ziel viel langsamer näher** als gedacht und erhofft, obwohl überall in Europa die unterschiedlichsten Maßnahmen ergriffen wurden. In etlichen Ländern (Spanien, Malta und Portugal) scheidet jeder dritte Jugendliche vorzeitig aus dem Bildungssystem aus. Die höchste SAQ verzeichnet Malta mit fast 37 %, die niedrigste die Slowakei mit nur 4,3 %.

Ursachen

Die jungen Schulabbrecher kommen aus verschiedenen sozialen Schichten. **Typische Ursache für den Schulabbruch ist eine zunehmende Distanzierung** aus persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen, geografischen, pädagogischen oder familiären Gründen. Diese Gründe können **im schulischen Geschehen oder außerhalb** zu suchen sein und sind meist **individuell sehr spezifisch**. In vielen Fällen geht die Unzufriedenheit auf eine Kombination von Faktoren wie Mobbing, Leistungsschwäche, ein schlechtes Verhältnis zu den Lehrkräften, fehlende Motivation oder „falscher Umgang“ zurück. Teils wird die Schule aufgrund persönlicher oder familiärer Probleme wie Drogenmissbrauch oder Obdachlosigkeit abgebrochen. Oftmals lässt sich das Problem jedoch auf einen Mangel an Unterstützung und Orientierung, auf Schulfertigkeit und auf Sekundarstufen-Lehrpläne zurückführen, die keine ausreichenden Optionen für abwechslungsreichen Unterricht, alternative Lehrpädagogik, Erfahrungslernen und sonstiges praxisnahes Lernen bieten oder keine ausreichende Flexibilität zulassen.

Kosten

Der Schulabbruch ist ein sehr ernst zu nehmendes Problem, weil er **maßgeblich zu sozialer Ausgrenzung im späteren Leben beiträgt**. Prognosen zum künftigen Qualifikationsbedarf in Europa deuten darauf hin, dass Schulabbrecher künftig nur noch bei jedem zehnten Arbeitsplatz eine Einstellungschance haben werden. Wer die Schule

¹ Die EU definiert Schulabbrecher als Jugendliche, die höchstens über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen. Es handelt sich also um Personen, die nur die Vorschule, die Grundschule, die Sekundarstufe I oder eine kurze Ausbildung in der Sekundarstufe II von weniger als zwei Jahren absolviert haben (ISCED 0, 1, 2 oder 3c kurz). Dazu gehören auch diejenigen, die berufsvorbereitende Kurse oder berufsbezogene Ausbildungskurse absolvieren, die zu keinem der Sekundarstufe II entsprechenden Abschluss führen.

vorzeitig verlässt, wird auch mit höherer Wahrscheinlichkeit später **einkommensschwach oder arbeitslos sein**. Eine unzureichende Bildung verursacht starke Belastungen der öffentlichen und sozialen Kassen in Form eines verminderten Einkommens- und Wirtschaftswachstums, geringerer Steuereinnahmen und steigender Kosten öffentlicher Dienstleistungen, wobei z. B. an das Gesundheitswesen, die Strafgerichtsbarkeit und die Zahlung von Sozialleistungen zu denken ist.

Die finanziellen Auswirkungen des Schulabbruchs sind immens, da er für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt hohe Kosten verursacht, die sich **im Laufe eines Lebens auf ein bis zwei Millionen Euro pro Schulabbrecher summieren**. Im Falle der Niederlande beispielsweise werden die lebenslangen Kosten der Ausgrenzung von Schulabbrechern auf 1,8 Mio. EUR geschätzt.² Finnland veranschlagt die jährlichen Kosten pro Schulabbrecher mit 27 500 EUR und die lebenslangen Kosten (40 Jahre) mit mehr als 1,1 Mio. EUR³, was allerdings viele noch für untertrieben halten. Ähnlich verhält es sich in Irland, wo dem Staat durch die Zahlung von Sozialleistungen und die Verluste an Steuereinnahmen pro männlichem Schulabbrecher jährliche Kosten in Höhe von 29 300 EUR entstehen, wobei noch nicht einmal die Kosten der gesundheitlichen Betreuung oder einer eventuellen Straffälligkeit einberechnet sind.⁴ Durch ein einziges weiteres Schulbesuchsjahr kann das Lebenseinkommen um mehr als 70 000 EUR steigen.⁵

Daher dürfte ein Land mit hoher SAQ Probleme haben, die Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt auf hohem Niveau zu halten. Wenn aber in ganz Europa hohe SAQ bestehen, wird es im globalen Wettbewerb schwer mitziehen können und **sich den Weg zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum verbauen**, auf das die Strategie Europa 2020 abzielt. Darüber hinaus behindern hohe SAQ die Verwirklichung des lebenslangen Lernens und führen zur Vergeudung von individuellen Chancen sowie sozialem und wirtschaftlichem Potenzial.⁶ Bei einer Senkung der durchschnittlichen Schulabbrecherquote in Europa um nur einen Prozentpunkt würde die europäische Wirtschaft jedes Jahr zusätzlich rund eine halbe Million qualifizierter, potenzieller junger Arbeitnehmer gewinnen.⁷

Es verwundert daher nicht, dass die Bekämpfung des Schulabbruchs in Europa wie auch in allen Industrieländern als **politische Schwerpunktaufgabe** angesehen wird. Besondere Relevanz erlangt sie dadurch, dass **das Bildungsniveau durch die Politik beeinflusst werden kann**, was bei vielen anderen (z. B. familiären oder persönlichen) Aspekten nicht der Fall ist.⁸

² Nach Berechnungen von Ecorys.

³ Valtiontalouden tarkastusvirasto (2007), [Nuorten syrjäytymisen ehkäisy](#). Toiminnantarkastuskertomus 146/2007. Valtiontalouden tarkastusvirasto, Helsinki. Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft (2009), [Nuoret miehet työelämään](#); mitä palveluja ja toimenpiteitä tarvitaan TE-toimistoissa. Työ- ja elinkeinoministeriön julkaisuja. Työ ja yrittäjyys 34/2009.

⁴ Smyth, E. und McCoy, S. (2009), [Investing in Education: Combating Educational Disadvantage](#), Economic and Social Research Institute, Dublin, 2009.

⁵ NESSE (2009), [Early School Leaving: Lessons from Research for Policy Makers](#).

⁶ Europäische Kommission (2011), [Reducing early school leaving](#). Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen. Begleitdokument zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote. [SEK(2011)96], 26. Januar 2011.

⁷ Europäische Kommission (2011), [Bekämpfung des Schulabbruchs – ein wichtiger Beitrag zur Agenda Europa 2020](#). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel, 31.1.2011, KOM(2011)0018 endg.

⁸ Siehe Belfield, C.R. und Lewin, H.M. (2007), The price we pay: Economic and Social Consequences of Inadequate Education, sowie NESSE (2009), [Early School Leaving: Lessons from Research for Policy Makers](#).

Die Aufgabe dieser Studie

Auf europäischer Ebene werden seit einigen Jahren intensivere Bemühungen zur Auswertung der Erfahrungen der Mitgliedstaaten unternommen. Beispielsweise unterstützte die Generaldirektion Bildung und Kultur (GD EAC) über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg (2006-2010) die Aktivitäten des „[Cluster on Access and Social Inclusion](#)“, in dem sich Vertreter aus 17 Mitgliedstaaten mit dem Thema Schulabbruch und soziale Ausgrenzung auseinandersetzten. Damit leistete der Cluster Zuarbeit zur Mitteilung der Kommission zum Schulabbruch.⁹ Das dazugehörige Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen enthält zahlreiche Praxisbeispiele, die der Cluster recherchiert hatte. Auch das Expertennetzwerk für soziale Aspekte der allgemeinen und beruflichen Bildung ([NESSE](#)) und das [Cedefop](#) haben europaweite Studien zu diesem Thema veröffentlicht. Der Bericht des NESSE beruht auf einer Auswertung der einschlägigen Literatur, während das Cedefop beratungsorientierte Maßnahmen und Programme zur Bekämpfung des Schulabbruchs in Europa analysierte.

Vor diesem Hintergrund gab das Europäische Parlament im November 2010 die vorliegende Studie über die „Senkung der Schulabbrecherquote in der EU“ in Auftrag, die vom unabhängigen Politikforschungsinstitut GHK Consulting Ltd. in den fünf Monaten von Dezember 2010 bis April 2011 erarbeitet wurde. **Das zentrale Ziel dieser Studie ist die Vorlage von Vorschlägen für Maßnahmen, mit deren Hilfe die Mitgliedstaaten ihre Bilanz in diesem Bereich aufbessern können.**

Der hier verwendete Forschungsansatz unterscheidet sich insofern von der Methodik früherer europäischer Untersuchungen zum gleichen Thema, als er eine **eingehendere Betrachtung einer kleineren Anzahl von Mitgliedstaaten ermöglichte, in denen ein breites Spektrum von Interessenvertretern befragt wurde.** Dazu gehörten Mitarbeiter von Bildungsbehörden, Lehrer, Eltern, Schüler der Sekundarstufe sowie Fachleute aus der Praxis, die im Rahmen von NRO und Projekten für gefährdete Jugendliche mit **Schulabbrechern** arbeiten.

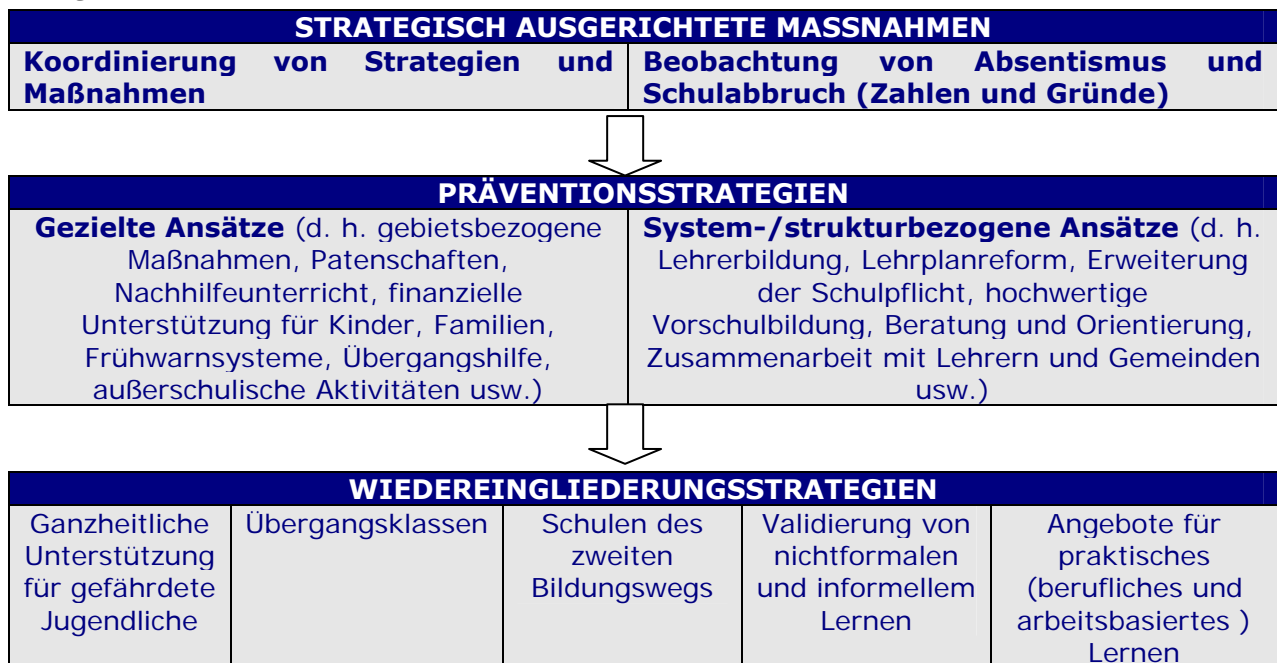
Die Studie bezieht sich auf alle 27 EU-Mitgliedstaaten, geht aber auf neun Länder genauer ein. Es handelt sich dabei um **Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Litauen, Niederlande, Polen, Finnland und das Vereinigte Königreich (England).**

Übersicht über politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs

Die politischen Maßnahmen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Schulabbruchs sind nicht nur durch unterschiedliche Wertvorstellungen und Sichtweisen geprägt, sondern auch durch die Geschichte und Tradition der einzelnen Länder. Außerdem hat jeder Schulabbrecher seinen eigenen Werdegang und lebt in einem ganz spezifischen Umfeld oder „Ökosystem“. Die Maßnahmen zur Senkung der SAQ müssen entsprechend abgestimmt und zugeschnitten sein. In **Ermangelung einer Patentlösung** findet sich in den Mitgliedstaaten eine bunte Vielfalt von Strategien, Programmen, Projekten und Konzepten. Die Lösungsansätze lassen sich drei großen Kategorien zuordnen: (i) strategisch ausgerichtete Maßnahmen; (ii) Präventionsstrategien; und (iii) Wiedereingliederungsstrategien. Dies illustriert die nachstehende Abbildung 1.

⁹ Der Aktionsplan, die Mitteilung der Kommission und das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zum Thema Schulabbruch sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268_de.htm.

Abbildung 1: Eine Typologie der einzelstaatlichen Maßnahmen zur Senkung der SAQ



Quelle: GHK Consulting Ltd., 2011

Strategisch ausgerichtete Maßnahmen: Senkung der SAQ durch verbesserte Koordinierung und Beobachtung

In vielen Mitgliedstaaten sind merkliche positive Veränderungen im Umgang mit der Problematik des Schulabbruchs zu verzeichnen. Zwei Fünftel (43 %) der für diese Studie befragten Personen erklärten, dass in ihrem Land ein „**starkes**“ Engagement für die **Bekämpfung des Schulabbruchs** bestehe, das durch bedarfsgerechte Strategien, Finanzierungslösungen und Programme gestützt wird. Nur ein Fünftel (20 %) der Befragten erachtete das Engagement und die Investitionen für „schwach“.

Überdies **gehen jetzt mehr Länder das Problem in einem größeren politischen Rahmen an**, so z. B. durch Strategien für lebenslanges Lernen oder für eine generelle Förderung des wirtschaftlichen Zusammenhalts. Damit tragen sie der Vielschichtigkeit und Komplexität der Problematik Rechnung. **Eine weitere positive Entwicklung ist die Erarbeitung konkreter und umfassender politischer Rahmenkonzepte**, die eine politische Klammer für die wichtigsten Interessengruppen und Programme bilden.

In den meisten Ländern aber wird die Senkung der SAQ unsystematisch und ohne ausreichende Koordinierung in Angriff genommen, wodurch sich der Arbeits- und Finanzaufwand erhöht. In sehr vielen Fällen handelt es sich um befristete Maßnahmen, Einzelprojekte oder gezielte Initiativen zur Lösung eines spezifischen Problems und nicht um **kohärente und integrierte Rahmenvorgaben auf strategischer und operativer Ebene**. Fast ein Drittel (31 %) derer, die für diese Studie befragt wurden, schätzte die politische Koordinierung in diesem Bereich als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ein. Nahezu die Hälfte (45 %) der Befragten meinte, dass eine „gewisse“ Koordinierung erfolge und „manchmal“ Verbindungen zu anderen Politikbereichen hergestellt werden, aber dennoch Verbesserungsbedarf bestehe.

In einigen Ländern fehlt die Zusammenarbeit zwischen Bildungsbehörden, Sozialbehörden und Arbeitsverwaltungen, in anderen wiederum müssen Bildungs- und

Jugendpolitik besser aufeinander abgestimmt werden, um ein einheitliches und integriertes Herangehen zu ermöglichen. Mitunter führen unterschiedliche Behörden ähnlich gelagerte Programme durch und betreiben offenkundig dadurch doppelten Aufwand.

Der Schulabbruch geht auf eine Kombination von Faktoren zurück. Daher ist die behörden- und fachübergreifende Zusammenarbeit der Schlüssel zur Verwirklichung einer gemeinsamen Vision. Es kommt darauf an, dass auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene der **Übergang von der Theorie zur Praxis** vollzogen wird. Wie die vorliegende Studie gezeigt hat, tragen Ansätze, die auf einer **echten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stellen und Fachleuten** auf nationaler, regionaler, lokaler und schulischer Ebene beruhen, tatsächlich zur Senkung der SAQ bei. Zugleich gewährleisten solche kooperativen und fachübergreifenden Ansätze die Einbeziehung unterschiedlicher Interessengruppen in die Gestaltung und Umsetzung von Strategien und Programmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs. Dies ermöglicht eine ganzheitliche Förderung des Kindes unter Berücksichtigung sämtlicher Einflussfaktoren und Mitursachen des Schulabbruchs. Neben Vertretern der Behörden für Bildung, Jugend, Gesundheit, Soziales und Arbeit müssen auch die Sozialpartner, die Eltern, NRO, der Sektor Jugendarbeit und die Jugendlichen selbst einbezogen werden. **Damit diese Zusammenarbeit funktionieren und nachhaltige Ergebnisse bringen kann, muss sie in die normalen Arbeitsabläufe** der Behörden und sonstigen wichtigen Akteuren der Jugendarbeit **eingebunden werden und darf nicht nur additiv infolge von Projektarbeit erfolgen.** Dazu gehört auch die verstärkte Nutzung des Einflusses bzw. Sachwissens bestimmter Akteure, wobei insbesondere die Eltern, die Sozialpartner, der Jugendsektor und die NRO zu nennen sind.

Eine weitere Erkenntnis aus der vorliegenden Studie lautet, dass sich die Strategien und Programme auch auf die Ergebnisse von Forschungsarbeiten, Evaluierungen (ein momentan offenbar schwach entwickelter Bereich) und Trendanalysen stützen sollten. **In der Forschung sollte besonderes Augenmerk auf die Meinungen der Schüler** und der sonstigen betroffenen Akteure **gelegt werden.** Bei unserer Studie waren zwei Fünftel der Befragten (42 %) der Auffassung, dass die Ansichten der Jugendlichen bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs in ihrem Land nie oder nur selten berücksichtigt werden. Ein Fünftel (18 %) gab an, dass die einschlägigen Maßnahmen/Strategien nur selten auf belastbaren Forschungs- und Evaluierungsergebnissen aufbauen.

Prävention des Schulabbruchs

Sehr häufig brechen junge Menschen die schulische oder berufliche Bildung aus vermeidbaren Gründen ab. Präventivmaßnahmen sollen dafür sorgen, dass es gar nicht erst zum Schulabbruch kommt. **In der Regel ist dies kostengünstiger als eine Wiedereingliederung.**

Im Großen und Ganzen erkennen die Mitgliedstaaten an, dass Bedarf an effektiven Methoden zur Aufdeckung und Lösung von Problemen besteht, die das Risiko des Schulabbruchs erhöhen. Zugleich sind in Europa große Unterschiede bei der Umsetzung entsprechender Strategien und bei den länderspezifischen Lösungsansätzen zu beobachten. Erkennbar ist zudem eine verstärkte Einsicht in die Notwendigkeit differenzierter Lösungen für unterschiedliche Phasen im Bildungsprozess; davon zeugt u. a. die zunehmende Anerkennung des Beitrags der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (ECEC) zur Senkung der SAQ.

Die Strategien der Mitgliedstaaten zur Risikominderung und Prävention können in zwei Hauptkategorien unterteilt werden:

- Gezielte Strategien und Maßnahmen: Durch die Ermittlung von Einzelpersonen, Personengruppen, Schulen oder Wohnvierteln, in denen ein erhöhtes Risiko für Schulabbruch besteht, soll eine besondere Förderung gefährdeter Jugendlicher ermöglicht werden.
- Generelle Strategien und Maßnahmen: Das Ziel ist die Verbesserung des Bildungssystems im Interesse aller, um den Bildungserfolg zu steigern und so das Risiko der Schulmüdigkeit zu senken.

Diese Ansätze ergänzen sich gegenseitig und werden daher beide gebraucht:

Gezielte Maßnahmen lenken die Unterstützung auf die am stärksten gefährdeten Jugendlichen, wobei jedoch einige von ihnen „durch die Maschen fallen“ können. Außerdem bleibt das Bildungssystem im Wesentlichen unverändert. Deshalb sollen die generellen Maßnahmen zur Lösung der systemimmanenten Probleme beitragen, die Einfluss auf die Schulabbruchquote eines Landes haben.

Langfristig gesehen sollte jedoch der Schwerpunkt auf Frühinterventionen liegen,

um gleich zu Beginn des schleichenden Prozesses anzusetzen, der zum Schulabbruch führt. **Früherkennung, Überwachung und Verlaufsbeobachtung sind wichtig** für ein rechtzeitiges Eingreifen. Frühwarnsysteme an den Schulen können die Identifizierung potenzieller Schulabbrecher erleichtern. Diese Systeme müssen für die verschiedenen Bildungsanbieter und sonstigen Akteure zugänglich und vernetzt sein. Frühzeitige Interventionen sind auch deshalb äußerst wichtig, weil die Wiedereingliederung mit zunehmender Dauer der Schuldistanzierung immer schwieriger wird.

Einschneidende Übergänge (von der Primar- zur Sekundarstufe, von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II) sind kritische Phasen für potenzielle Schulabbrecher. Zur Erleichterung dieser Übergänge werden u. a. „Buddy“-Projekte, Mentoring-Programme, eine intensivere Beratung und Orientierung durch professionelle Mitarbeiter, eine verstärkte Kommunikation zwischen Lehrkräften an verschiedenen Schulen und auf verschiedenen Ebenen sowie „Begrüßungs-“ bzw. Einführungsprogramme genutzt.

Für schulabbruchgefährdete Jugendliche können auch **Alternativen zum herkömmlichen Lehrplan** angeboten werden. Allerdings sollten neue Abschlüsse und Lehrpläne vom Umfeld respektiert werden und **gangbare Entwicklungswege bieten**. Es könnte mehr getan werden, um den Wert des Lernens zu erhöhen, was die späteren Verdienst- und Lebenschancen der gefährdeten Jugendlichen angeht.

Beratungs- und Orientierungsmaßnahmen sind insofern unerlässlich, als sie den Jugendlichen nicht nur bei der Ausfindigmachung geeigneter weiterführender Bildungsangebote und beim Aufbau der Motivation und des nötigen Selbstvertrauens zur Belegung solcher Kurse helfen, sondern ihnen auch die richtige Auswahl erleichtern (so dass weniger Jugendliche wegen falscher Bildungsentscheidungen aus dem Bildungssystem herausfallen). Die jungen Menschen benötigen eine klare, objektive und **konstruktive Beratung, die ihnen ein genaues Bild von Lernverläufen und Berufswegen und dadurch ein Gefühl der Kontrolle vermittelt**. Außerdem sind schulabbruchgefährdete Jugendliche oft mit komplexen Problemen konfrontiert und benötigen daher Unterstützung durch einen spezialisierten Berater oder sonstige professionelle Hilfe. Neben entsprechenden Fachkräften müssen auch Familien und Eltern stärker in die schulischen Aktivitäten eingebunden werden.

Wichtig ist auch, dass die Lehrkräfte über die erforderlichen Kompetenzen zur Einbeziehung und Motivierung aller Schüler in ihrer Klasse verfügen. Die Lehrerbildung muss daher die Kompetenz zur Früherkennung und Verhinderung eines drohenden Schulabbruchs, zum Einsatz moderner Lehrmethoden sowie zum Klassenmanagement und Beziehungsaufbau vermitteln.

Eine in Spanien durchgeführte Umfrage unter Schulabbrechern ergab, dass fast 9 von 10 Betroffenen wegen Sitzenbleibens von der Schule abgegangen waren.¹⁰ Durch kleinere Klassengrößen, Lehrerassistenten und Nachhilfeunterricht kann verhindert werden, dass einzelne Schüler zurückbleiben und ihre schulischen Leistungen weiter absinken, bis der Schulabbruch droht.

Angesichts der heutigen Wirtschaftslage und der besonders knapp bemessenen Kassen ist der Hinweis wichtig, dass **nicht alle Maßnahmen umfangreiche Investitionen erfordern**. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie belegen die Bedeutung eines anspornenden, positiven, Unterstützung bietenden Schulumfelds für die Verringerung des Schulabbruchrisikos. **Ein Gefühl der Zugehörigkeit und eine auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung beruhende Lernbeziehung zwischen Lehrer und Schüler sind für junge Menschen von größter Wichtigkeit.** Darüber hinaus kann die Weitergabe von erfolgreichen Methoden und neuen Erkenntnissen gefördert werden, wenn die mit den Zielgruppen arbeitenden Pädagogen Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen, Praktiken und Kompetenzen erhalten.

In einem Umfeld mit schwach entwickelter Bildungskultur **kann es erforderlich sein, die Eltern stärker einzubinden, sie für die Bedeutung der Bildung zu sensibilisieren** und ihnen Bildungsangebote zur Stärkung ihrer eigenen Kompetenzen zur Verfügung zu stellen.

Außerschulische Aktivitäten helfen den Schülern nicht nur, den Anschluss herzustellen und das Interesse am Lernen neu zu entdecken, sondern fördern auch den Wiederaufbau einer positiven Beziehung zur Schule und zu den schulischen Mitarbeitern und bieten sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, die zur Steigerung des Selbstwertgefühls und zum Abbau von Frustrationen beitragen.

Eine zweite Chance bieten

Durch Wiedereingliederungsmaßnahmen erhalten Jugendliche, die aus dem Regelsystem der Bildung herausgefallen sind, eine zweite Chance zum Lernen bzw. zum Erwerb eines Abschlusses. Auch alternative Lernangebote sind möglich. **Die Intensität der Unterstützung der Teilnehmer variiert dabei in Abhängigkeit von den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppen;** einige Jugendliche benötigen Beratung und praktische Hilfe bei der Bewältigung solcher Probleme wie Obdachlosigkeit oder Drogenmissbrauch, ehe sie den Weg zurück ins Bildungswesen einschlagen, andere wiederum sind rückkehrwillig und benötigen nur eine zweite Chance zur Wiederaufnahme einer Ausbildung.

Sämtliche Maßnahmen zugunsten bereits aus dem Bildungssystem ausgeschiedener Jugendlicher müssen zunächst auf die Förderung von Engagement und Vertrauen und auf die Schaffung eines „Wir-Gefühls“ abzielen. Sie sollten eine Erwartungshaltung vermitteln, durchstrukturiert und sicher sein und Herausforderungen bieten. Zu beachten ist, dass sich

¹⁰ Mena Martínez, L., Fernández Enguita, M. y Riviére Gómez, J. (2009), *Desenganchados de la educación: procesos, experiencias, motivaciones y estrategias del abandono y del fracaso escolar*, Revista de Educación, número extraordinario 2010, S. 119-145.

viele Schulabbrecher als Erwachsene betrachten und als solche behandelt werden möchten. Bei der Schilderung ihrer eigenen Erfahrungen mit erfolgreichen Lösungen verwenden sie wiederholt Begriffe wie „Achtung“ und „Vertrauen“.

Die meisten Wiedereingliederungsmaßnahmen sollen entweder inhaltliche oder lehr- bzw. lernpädagogische Alternativen zur Regelbildung bieten. Mit unterschiedlichen Methoden wird ein schülerzentrierter, individualisierter Lernansatz verwirklicht, so beispielsweise durch Beratung, Mentoring, individuelle Lernpläne oder einzelfallbezogene Arbeit (Case Management). Wiedereingliederungsmaßnahmen sind oft durch praxisorientierte und/oder erlebnisorientierte Lehr- und Lernstile gekennzeichnet. Manche Initiativen ermöglichen eine intensivere Unterstützung im Rahmen eines „ganzheitlichen“ Ansatzes, der sämtlichen individuellen Anliegen, angefangen von persönlichen und sozialen Problemen bis hin zu vorhandenen Bildungslücken, Rechnung trägt. Mitunter bestehen bei Schulabbrechern zusätzliche Defizite an Fertigkeiten und Kompetenzen, die erst behoben werden müssen, ehe eine weitere schulische oder berufliche Bildung oder eine Beschäftigung in Angriff genommen werden kann. Grundlegende Fertigkeiten und Lebenskompetenzen – womit nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen gemeint sind, sondern z. B. auch eine finanzielle und gesundheitliche Allgemeinbildung – können auch in kleineren Lerneinheiten vermittelt oder in den sonstigen Fachunterricht integriert werden.

Flexibilität ist das A und O, wenn Wiedereingliederungsmaßnahmen auf sonstige - z. B. berufliche und familiäre - Verpflichtungen der Jugendlichen abgestimmt werden müssen. Ein fachübergreifender Ansatz auf der Grundlage gemischter Teams oder einer Zusammenarbeit mit externen Akteuren ermöglicht die umfassende Berücksichtigung der Bedürfnisse des Einzelnen. **Individuelle Aktionspläne und ein klarer Lernweg für die Zukunft** – der aus kleineren Lernetappen bestehen kann – wirken motivierend auf Jugendliche, die eine geringe Selbstachtung und missliche Erfahrungen mit der formalen Bildung haben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die **nachgehende Betreuung, damit die positiven Ergebnisse der Wiedereingliederungsmaßnahmen auf Dauer erhalten bleiben.**

Überhaupt muss die Kontinuität, Beständigkeit und Kohärenz der verschiedenen Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen gewährleistet sein, da die Jugendlichen sonst im Dickicht der Angebote den Überblick verlieren. Das „Einzelfallmanagement“ ermöglicht eine durchgängigere Betreuung gefährdeter Jugendlicher als andere Ansätze, bei denen sich die Betroffenen ohne spezifische Unterstützung auf die Suche nach geeigneten Diensten machen müssen.

Die Erfolge von Wiedereingliederungsmaßnahmen lassen sich nicht immer quantitativ belegen. Daher müssen Wege zur Messung immaterieller Ergebnisse gefunden werden. Außerdem sollten die Qualitätssicherungsrahmen sowohl quantitative als auch qualitative Kennziffern beinhalten.

Bei einem Großteil der Wiedereingliederungsmaßnahmen handelt es sich um befristete Initiativen und Projekte. Obwohl die Bekämpfung des Schulabbruchs in den Bildungs- und Ausbildungssystemen der EU einen festen Platz hat, wird den Wiedereingliederungsmaßnahmen anscheinend oft keine sinnvolle Laufzeit und kein vernünftiger Status zugestanden. Hier besteht noch Handlungsbedarf, wobei allerdings eingeräumt werden muss, dass sich erfolgreiche lokale Projekte mitunter schwer in größerem Maßstab wiederholen lassen. Die Entwicklung regionaler oder systemweiter Maßnahmen erfordert Zeit und Engagement. Wenn die Regierungen jedoch die Bedeutung der Wiedereingliederung jugendlicher Schulabbrecher anerkennen und eine **langfristige Unterstützung von Wiedereingliederungsbemühungen**

gewährleisten, dann ermöglicht dies **einen Zugewinn an Kohärenz** und zusätzliche Erkenntnisse über optimale Praktiken, Standards sowie Ausbildungs- und Unterstützungsbedürfnisse der Lernenden und des pädagogischen Personals.

Zusammenfassende Darstellung effektiver Praktiken

In beiden Bereichen (Prävention und Wiedereingliederung) bestimmen vier grundlegende Faktoren den strategischen Erfolg:

- die Anerkennung des Problems und der Wille, es erstens zu bekämpfen bzw. nach Möglichkeit ganz zu verhindern und zweitens die Schulabbrecher wieder in das Bildungswesen zu integrieren;
- die Integration von strategischer Planung, Politikumsetzung und Leistungserbringung und die Bereitstellung angemessener und wirksamer Unterstützung für die Schulabbrecher und alle, die mit ihnen arbeiten;
- Kreativität, Innovation, Flexibilität und Veränderungsbereitschaft seitens der politischen Entscheidungsträger und Fachleute sowie insbesondere ein lösungsorientiertes Herangehen an die individuellen Probleme von Schulabbrechern bzw. potenziellen Schulabbrechern;
- ein umfassendes Konzept für die Erbringung (schulischer und außerschulischer) Dienstleistungen, das
 - den Schulabbrechern, ihren Familien, Bezugsgruppen und örtlichen Gemeinden vermittelt, dass ihnen Verständnis, Achtung und hohe Erwartungen entgegengebracht werden;
 - die Lernenden anspricht und ihnen ein Gefühl der Dazugehörigkeit gibt;
 - transparent, schlüssig, umfassend und in sich abgestimmt ist und auf multidisziplinärer Zusammenarbeit beruht; und
 - zeitgemäß, sensibel, aufgeschlossen, ergebnisorientiert und kosteneffizient ist.

EU-weite Maßnahmen zur Senkung der SAQ

Die **Anerkennung des dringenden Handlungsbedarfs** in der EU schlug sich in einer Reihe **strategischer Grundsatzserklärungen** nieder, die einen **europäischen Aktions- und Zielrahmen** bilden. Außerdem wurden finanzielle sowie organisatorische Unterstützungsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten festgelegt. Die [Lissabon-Strategie](#) sah fünf Benchmarks vor, darunter eine Senkung der Schulabbrecherquote in der EU bis 2010 auf durchschnittlich 10 %. Dieses Ziel wurde zwar nicht erreicht, aber im Mai 2009 auf der [2941. Sitzung des Rates Bildung, Jugend und Kultur](#) erneut beschlossen. Im Juni 2010 verabschiedeten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Strategie [Europa 2020](#) für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Als deutliches Signal an die Mitgliedstaaten wurde das 10 %-Ziel für die SAQ zu einem **Kernziel dieser Strategie erklärt**. Die Mitgliedstaaten haben sich auf strategische Rahmenvorgaben für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ([ET2010](#) und [ET2020](#)) geeinigt, auf deren Grundlage das 10 %-Ziel verfolgt werden soll.

Die Problematik wird auch in verschiedenen **Mitteilungen der Kommission zum Thema allgemeine und berufliche Bildung behandelt**. Hinzuweisen ist vor allem auf die unlängst veröffentlichte Mitteilung der Kommission zum Thema Schulabbruch und auf ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für politische Strategien zur Senkung der SAQ.¹¹

¹¹ Der Aktionsplan, die Mitteilung der Kommission und das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zum Thema Schulabbruch sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268_de.htm.

Ferner hat sich die EU im Rahmen der [Europäischen Beschäftigungsstrategie](#) (EBS) das Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen beim Verlassen des Bildungssystems über die nötigen Kompetenzen für den Einstieg ins Arbeitsleben verfügen. In den **Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten** wurde die Bedeutung einer spürbaren Verringerung der Zahl der Schulabbrecher hervorgehoben. Auch die **jugendpolitischen Strategien der Europäischen Kommission** verweisen auf die Notwendigkeit der Förderung verschiedener nicht formaler Lernangebote als eine von mehreren Maßnahmen, das Problem des vorzeitigen Schulabbruchs anzugehen.

Die strategischen Grundsatzserklärungen der EU haben konkreten Niederschlag in verschiedenen **Aktionen** gefunden. Die Prioritätensetzungen des [Europäischen Sozialfonds](#) (ESF) in den Programmplanungszeiträumen 2000-2006 und 2007-2013 zeugen von der Einsicht der Kommission und der Mitgliedstaaten, dass das Problem des Schulabbruchs über die Modernisierung von Bildungssystemen und Lehrplänen in Angriff genommen werden muss. Auch das [Programm für lebenslanges Lernen](#) (LLP) bot den Mitgliedstaaten Gelegenheiten zur Entwicklung und Umsetzung entsprechender Strategien. Seit vielen Jahren wird in der jährlichen Strategieplanung für das LLP großes Augenmerk auf die Unterstützung gefährdeter Jugendlicher gelegt, so beispielsweise durch Entwicklung neuer Angebote des zweiten Bildungswegs, durch eine bessere Nutzung der IKT, um die Lernenden zu motivieren und zur Rückkehr ins Bildungswesen zu befähigen, und durch eine engere Einbeziehung der Eltern in den Bildungsalltag ihrer Kinder.

Überdies wurden Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedstaaten, NRO, Sozialpartnern und Fachpersonal von Schulen und Ausbildungseinrichtungen geschaffen. Beispielsweise konnten sich Schlüsselakteure aus 17 Ländern über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg (2006-2010) über Konzepte und Verfahren zur Bekämpfung des Schulabbruchs austauschen (im „Cluster on Access and Social Inclusion“). Durch das [Studienbesuchsprogramm](#) wurden Studienbesuche von Praxisvertretern und Entscheidungsträgern zum Thema SAQ gefördert. Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie verwaltet die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) verschiedene Programme wie das Europäische Beschäftigungsobservatorium ([EBO](#)), das Programm für gegenseitiges Lernen im Bereich der Beschäftigung ([MLP](#)) und den Dialog zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen, die ebenfalls zum einschlägigen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten beitragen.

Gemeinsame europäische Instrumentarien für die allgemeine und berufliche Bildung wie der Europäische Qualifikationsrahmen ([EQR](#)) haben Anreize für Reformen auf nationaler Ebene gesetzt. Der EQR beispielsweise gab den Anstoß für die Erarbeitung Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR) der Mitgliedstaaten, in denen Lernniveaus in Form erwarteter Lernergebnisse festgelegt werden. Diese Art der Beschreibung ermöglicht eine Aufgliederung von Qualifikationen in einzelne Lerneinheiten, die der Einzelne zur Erlangung einer Qualifikation akkumulieren kann. So erhalten Schulabbrecher, die vielleicht während der Schulzeit schon Teile eines Ausbildungsganges abgeschlossen haben, eine Chance zu maßgeschneidertem Lernen, da sie nur noch Wissenslücken füllen und nicht mehr einen ganzen Kurs wiederholen müssen. Für Betroffene mit geringem Selbstbewusstsein kann der Erwerb von Lerneinheiten außerdem eine größere Motivation sein, da jede abgeschlossene Lerneinheit ein Erfolgserlebnis bedeutet.

Nicht minder bedeutsam ist, dass die Einführung des EQR und der NQR eine Wende bei den Bildungsabschlüssen markierte: Die Betonung liegt nun nicht mehr auf den „Inputs“ (Anwesenheit bei einem Kurs, Teilnahme an einer Lernerfahrung), sondern auf den **„Lernergebnissen“** (der Entwicklung von Kompetenzen oder Fertigkeiten). Dadurch können die Qualifikationsrahmen auch zur Validierung von nichtformalem und

informellem Lernen genutzt werden, was wiederum eine potenzielle Hilfe für Schulabbrecher darstellt, weil Fertigkeiten und Kompetenzen anerkannt werden können, die außerschulisch erworben wurden, z. B. am Arbeitsplatz oder zu Hause.

Nicht zuletzt wurde mit der Leitinitiative [Jugend in Bewegung](#), die zur Strategie Europa 2020 gehört, ein Rahmen für die Jugendbeschäftigung geschaffen, der eine Reihe prioritärer Maßnahmen für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Beschäftigungsmaßnahmen junger Menschen vorsieht, darunter die „Unterstützung besonders gefährdeter junger Menschen“.

Einschätzung der Ergebnisse von EU-Maßnahmen

Es hat den Anschein¹², dass **verschiedene „Soft-Law“-Maßnahmen der Kommission Einfluss auf die nationalen (und regionalen) Bemühungen zur Senkung der SAQ hatten.** Nach Ansicht der Akteure aus den Mitgliedstaaten wurden diese nationalen (und regionalen) Anstrengungen vor allem durch die EU-Förderung (insbesondere ESF) und durch die klaren SAQ-Benchmarks vorangetrieben.

Alle betroffenen Mitgliedstaaten haben bestätigt, dass die Kofinanzierung durch den ESF für Maßnahmen zur Prävention von Schulversagen und zur Wiedereingliederung von Schulabbrechern genutzt wird. Tatsächlich betrachten viele von ihnen den **ESF als das wirksamste EU-Instrument mit der größten Tragweite.** Beispiele für ESF-geförderte Maßnahmen sind die Einführung von differenzierter Lehrplänen, Förderklassen, Angeboten des zweiten Bildungswegs sowie Frühwarn- und Anwesenheitskontrollsystemen, die Schaffung von Chancen zur sozialen und beruflichen Eingliederung und Verbesserungen an bestehenden Beratungs- und Orientierungsangeboten.

Der ESF leistet einen besonders wichtigen Beitrag zur Entwicklung nationaler Ansätze für die Bekämpfung des Schulabbruchs. Die Senkung der SAQ ist den Ländern zwar meist ein „inneres Anliegen“, aber der ESF ermöglicht durch seine Förderung entsprechende Anstoßmaßnahmen. Leider haben es einige Mitgliedstaaten versäumt, ihre Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs auf eine nachhaltige finanzielle Basis zu stellen, und verlassen sich auch weiterhin auf den ESF. Wichtig ist eine genaue Festlegung und gezielte Ausrichtung der ESF-Fördermaßnahmen auf der Grundlage einer gründlichen Bewertung des Umfangs und Wesens der Probleme, mit denen sich die nationale, regionale oder lokale Ebene konfrontiert sehen.

Einen weiteren Vorteil der EU-Finanzierung (in allen Teilbereichen) sehen mehrere Akteure darin, dass auf diese Weise eine Kultur der Begleitung und Evaluierung geschaffen wurde, auch wenn nach allgemeinem Dafürhalten in dieser Hinsicht noch **Verbesserungsbedarf** besteht. Es kommt darauf an, die EU-Mittel künftig gezielt für Maßnahmen einzusetzen, die nachhaltigen Einfluss auf das Leben junger Menschen und auf die Arbeitspraxis der maßgeblichen Akteure (Behörden und Schulen) haben.

Obwohl das 10 %-Ziel für die SAQ nicht bei allen Akteuren ausreichend bekannt ist, **gaben bei der vorliegenden Studie insgesamt 61 % Befragten an, dass diese Benchmark Einfluss auf ihre Politikgestaltung hatte („etwas“ oder „wesentlich“).** Nur 18 % der Befragten erklärten, dass sie keine Auswirkungen habe. In einigen Ländern hat die Benchmark geholfen, Interesse an der Problematik zu wecken und sie genau zu erfassen

¹² Wichtig ist der Hinweis, dass sich die Betrachtung der „Ergebnisse“ in diesem Teil des Berichts nicht auf eine formelle Beurteilung der Tätigkeit der Europäischen Kommission in diesem Bereich stützt. Sie beruht vielmehr auf den Wahrnehmungen der Befragten und auf der Fachliteratur.

und zu bestimmen. Generell hat sie dazu beigetragen, das Problem – dem die meisten Länder schon zuvor politische Priorität beigemessen hatten – verstärkt ins nationale Blickfeld zu rücken bzw. dort zu halten. Mit Hilfe der Benchmark konnten die Länder ihre eigenen Fortschritte messen. Zum Teil entstand dadurch ein „Gruppenzwang“, weil kein Land schlechter dastehen wollte als die anderen. In vielen Ländern berichteten die Medien über diese Zielvorgabe, wodurch einige Regierungen verstärkt unter Handlungsdruck gerieten. Dies wurde als positives Ergebnis angesehen. Allerdings ist dieser Druck in einigen Ländern stärker spürbar als in anderen.

Insgesamt gab es nach Ansicht der Befragten aus den Mitgliedstaaten keine ausreichenden Belege für einen möglichen Einfluss anderer EU-weiter Maßnahmen, Instrumente und Programme auf die SAQ-Politik ihres Landes.¹³

Für die Zukunft **wird erwartet, dass die in der Strategie Europa 2020 enthaltene SAQ-Benchmark weiter dazu beiträgt, dem Thema mehr Aufmerksamkeit und einen prominenten Platz auf der Tagesordnung zu verschaffen**. Die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, eigene SAQ-Ziele festzulegen, und die Einführung des „Europäischen Semesters“ dürften positive Auswirkungen auf die SAQ-Agenda haben. In den letzten Jahren haben bereits etliche Länder ehrgeizigere Zielvorgaben beschlossen.

Grundlegende Empfehlungen

Diese Studie vermittelt einen europaweiten Überblick über den derzeitigen Stand der Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs. Sie beruht auf einer Betrachtung von Strategien und Maßnahmen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie auf detaillierteren Fallstudien zu neun Ländern. Auf der Grundlage dieser Arbeiten lassen sich einige Politik- und Handlungsfelder herauskristallisieren, in denen verstärkte Bemühungen unternommen oder Lücken geschlossen werden müssen. Darauf wird im Folgenden eingegangen.

Ausgehend von den Ergebnissen unserer Studie **empfehlen wir, dass die Europäische Kommission:**

- in den Mitgliedstaaten das Verständnis dafür fördert, dass der vorzeitige Schulabbruch ein komplexes Phänomen darstellt, das von bildungsbezogenen, individuellen und sozioökonomischen Faktoren beeinflusst wird;
- weiterhin die Entwicklung von Umfang und Tragweite des vorzeitigen Schulabbruchs auf verschiedenen Bildungsebenen in allen Mitgliedstaaten mitverfolgt. Die Festlegung von Zielvorgaben kann dazu beitragen, das Thema im Blickpunkt zu halten;
- den Mitgliedstaaten weiterhin durch Kofinanzierung Chancen zur Reform und Verbesserung ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme eröffnet, damit diese besser auf die Bedürfnisse gefährdeter Jugendlicher reagieren können. Bei der Förderung ist Folgendes zu beachten:
 - Es muss dafür gesorgt werden, dass die Fördergelder gezielt zur Herbeiführung nachhaltiger Ergebnisse eingesetzt werden, d. h. für Maßnahmen, die eine dauerhafte Veränderung der Arbeitspraktiken auf verschiedenen behördlichen Ebenen bewirken – und nicht für eine Vielzahl neuer Projekte; dies gilt vor allem für Länder, in denen bereits zahlreiche Pilotprojekte stattgefunden haben.

¹³ Wichtiger Hinweis: Für diese Studie wurden keine Beamten befragt, die direkt mit einem Großteil dieser Aktivitäten zu tun haben. Die hier wiedergegebenen Ansichten sind die der befragten Akteure, die in den neun Fallstudien-Ländern an der Senkung der SAQ mitarbeiten.

- EU-kofinanzierte Maßnahmen zur Senkung der SAQ sollten auf einer angemessenen Analyse des aktuellen Standes und der erwarteten bzw. angestrebten Ergebnisse beruhen.
 - Da die Bekämpfung des Schulabbruchs einen multidisziplinären Ansatz erfordert, könnte die EU darüber nachdenken, die Förderung von Bekämpfungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten von der Einbeziehung unterschiedlicher Bereiche (d. h. Bildung, Beschäftigung, Soziales und Jugend) abhängig zu machen.
 - Die Finanzierung könnte auf gezielt ausgewählte und/oder genauer festgelegte Aktionen oder Zielgruppen im Rahmen vorhandener Förderprogramme (d. h. ESF, LLP) ausgerichtet werden;
- weiterhin die horizontale Zusammenarbeit und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken unter den Mitgliedstaaten (Entscheidungsträgern wie auch Praxisvertretern) fördert, was Maßnahmen zur Prävention des Schulabbruchs und zur Wiedereingliederung Jugendlicher in zweckmäßige allgemeine und berufliche Bildungsaktivitäten angeht. Dies bedeutet, dass die Angebote für das Lernen in Arbeitsgruppen und für Peer-Learning zielorientierter gestaltet und so verbessert werden können;
 - sich weiterhin für die Sammlung und Verbreitung von Informationen über den sozioökonomischen Nutzen der Prävention des Schulabbruchs engagiert (u. a. durch die Förderung von Forschungen zu den kurz- und langfristigen finanziellen Folgen des vorzeitigen Schulabbruchs) und über erfolgreiche Bekämpfungsansätze in unterschiedlichen Kontexten informiert. Beispielsweise könnte eine Online-Beobachtungsstelle für bewährte Praktiken eingerichtet werden, die erfolgreiche Politik- und Praxismodelle zentral erfasst und Beziehungen zu Arbeitsgruppen, Netzwerken und Peer-Learning-Programmen unterhalten könnte;
 - die Mitgliedstaaten dazu anhält, in ein verbessertes Monitoring von Schulabbrechern zu investieren. Frühwarnsysteme können dabei besonders wirksam sein.

Im Hinblick auf Maßnahmen und Strategien zur Senkung der SAQ empfehlen wir, dass die nationalen/regionalen (/lokalen) Behörden

- für eine umfassende, koordinierte Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs sorgen;
- diese Strategie regelmäßig überprüfen, damit die Maßnahmen und die praktische Umsetzung stets den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen entsprechen;
- Bekämpfungsmaßnahmen in enger Abstimmung mit umfassenderen Strategien entwickeln und umsetzen, die Einfluss auf das Leben von Kindern und Jugendlichen haben;
- Politiker und sonstige Entscheidungsträger auf die Kosten und Spätfolgen des Schulabbruchs aufmerksam machen. „Bildungsausgrenzung“ geht sehr oft mit Ausgrenzungen anderer Art einher (z. B. mit sozialer Ausgrenzung, gesundheitlichen Problemen, Straffälligkeit, Inaktivität, Arbeitslosigkeit);
- den Schwerpunkt nicht mehr auf Bekämpfungsmaßnahmen legen, die auf einer Vielzahl kleiner Projekte mit kurzfristiger Finanzierung beruhen. Vielmehr sollte die Senkung der SAQ Teil einer Gesamtinitiative zur Steigerung der Bildungsqualität für alle sein, die mit gezielten Ansätzen zur Unterstützung der am meisten gefährdeten Jugendlichen gekoppelt wird. Solche Strategien müssen auf alle allgemein- und berufsbildenden Schulen angewandt werden und auf die lokalen, regionalen und nationalen Bedingungen zugeschnitten sein;

- auf lange Sicht die Prävention und Frühintervention in den Mittelpunkt stellen, obwohl stets eine Kombination aus Präventions- und Wiedereingliederungsmaßnahmen gewährleistet sein muss. Prävention kann besonders (kosten-) effektiv sein, und ein frühzeitiges Eingreifen ist wichtig, weil die Wiedereingliederung mit zunehmender Dauer der Schuldistanzierung immer schwieriger wird;
- sicherstellen, dass die Ergebnisse der Forschung, Überwachung und Evaluierung berücksichtigt werden und dass darauf reagiert wird. Wirksame Bekämpfungsmaßnahmen bauen auf Erkenntnissen über die auslösenden Faktoren für vorzeitigen Schulabbruch und über die Anzahl und das Profil der Schulabbrecher auf;
- gewährleisten, dass die Bekämpfungsmaßnahmen auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abstellen und nicht auf institutionelle oder systembedingte Bedürfnisse. Der Jugendliche muss im Mittelpunkt einer gemeinsamen Konzeption für die Inangriffnahme des Problems stehen; dies kann beispielsweise dadurch gewährleistet werden, dass die Jugendlichen und die mit gefährdeten Jugendlichen arbeitenden Organisationen/Fachkräfte auf konstruktive Weise zu den sie betreffenden Maßnahmen konsultiert werden;
- für eine bessere Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess sorgen. Den Schulen sollten Methoden und Instrumente an die Hand gegeben werden, die die Einbindung der Eltern gefährdeter Schüler erleichtern und die Eltern für die Bedeutung der Bildung sensibilisieren.

Im Hinblick auf die Verteilung der Zuständigkeiten empfehlen wir, dass die nationalen/regionalen/lokalen Behörden

- die behörden- und fachübergreifende Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Realität machen. Der Schulabbruch geht auf eine Kombination aus mehreren Faktoren zurück, und im Alleingang können die Bildungsbehörden nichts ausrichten. Daher kann die fachübergreifende Arbeit kostenwirksamer sein, weil Überschneidungen und Doppelarbeiten vermieden werden; zugleich kann sie dazu beitragen, dass kein Kind bzw. Jugendlicher „durch die Maschen fällt“;
- ins Auge fassen, die *Gesamtzuständigkeit für die Koordinierung* von Bekämpfungsmaßnahmen einer mitwirkenden Partei zu übertragen; dieser Koordinator muss allerdings bereit sein, mit Behörden aus den Bereichen Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Arbeit sowie mit Sozialpartnern, Eltern, NRO, dem Jugendsektor und den Jugendlichen selbst zusammenzuarbeiten;
für den Fall, dass noch keine behörden- und fachübergreifende Zusammenarbeit erfolgt, finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen, damit der kooperative Ansatz in der eigentlichen täglichen Arbeit (anstatt durch Projektarbeit) verwirklicht wird;
- die Beziehungen zu Jugend- und Schülerorganisationen, zu NRO, die sich um gefährdete Gruppen kümmern, und zu den Sozialpartnern stärken. Durch die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern kann das Lernen stärker am Arbeitsmarkt ausgerichtet werden, während NRO, Mentoren und Gemeindegruppen durch aufsuchende Arbeit dazu beitragen können, die schwierigsten Zielgruppen zu identifizieren und zu erreichen. Auch die Bedeutung der Peer-Unterstützung ist nicht zu unterschätzen. Außerschulische Aktionen im Bereich der Jugend- und Schülerarbeit sollten weiter gefördert werden, können aber auch eine wichtige flankierende Rolle auf dem Weg zum Schulabschluss spielen.

- gegebenenfalls ins Auge fassen, den Schulen und lokalen Partnern mehr Autonomie bei der Erarbeitung eigener bedarfsgerechter Lösungen für die gefährdeten bzw. bereits aus dem Schulsystem herausgefallenen Jugendlichen zuzugestehen. Dies muss allerdings mit einer wirksamen Überwachung und Rechenschaftslegung einhergehen.

Der Hauptbericht zu dieser Studie vermittelt einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Schulabbruchs und diskutiert die Erfolge und Grenzen dieser Ansätze. Wie sich gezeigt hat, erfordern einige Bereiche besondere Beachtung **bei der praktischen Umsetzung** der Bekämpfungsmaßnahmen. **Wir empfehlen, dass die national/regionalen/lokalen Behörden besonderes Augenmerk auf folgende Fragen legen:**

- Überprüfung der Sekundarstufenlehrpläne, um zu gewährleisten, dass sie ausreichend auf die Einzelperson eingehen und flexible Lernwege sowie individuelle Lernpläne bieten, die den Bedürfnissen der Lernenden sowohl in inhaltlicher Hinsicht (ob allgemein- oder berufsbildend) als auch im Hinblick auf den Lernstil entsprechen. Parallel dazu müssen die Lehrkräfte die nötigen Chancen zur beruflichen Weiterentwicklung erhalten, damit sie sich die Kompetenz zum Umgang mit neuen Lehr- und Lernmethoden aneignen können;
- eventuell Nachhilfeunterricht (einzeln oder in kleinen Gruppen) als Möglichkeit, die Zahl der Sitzenbleiber zu verringern und zu verhindern, dass einzelne Schüler zurückbleiben und ihre schulischen Leistungen weiter absinken, bis der Schulabbruch droht;
- Verdeutlichung der Bedeutung eines anspornenden, positiven, Unterstützung bietenden Schulumfelds für die Verringerung des Schulabbruchrisikos. Ein Gefühl der Zugehörigkeit und eine auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung beruhende Lernbeziehung zwischen Lehrer und Schüler sind für junge Menschen von größter Wichtigkeit;
- Förderung von Datenerhebungen zum Thema Schulabbruch und von Systemen zur Überwachung des Absentismus als Grundlage für die Entwicklung zielgerichteter Strategien und für Frühwarnsysteme, die den Schulen und Behörden ein frühzeitiges Eingreifen ermöglichen und damit zur Senkung des Ausgrenzungsrisikos beitragen;
- die notwendige Verknüpfung der allgemeinen und beruflichen Bildung mit dem Arbeitsmarkt, so z. B. durch Praktika, Mentoring und Berufswege, die auf arbeitsplatzbasiertem Lernen beruhen. Dies führt den Jugendlichen die Bedeutung und den Wert der Bildung vor Augen und verbessert ihre Beschäftigungsfähigkeit;
- Verfügbarkeit und Qualität von Beratungsangeboten (psychologische und emotionale Unterstützung) und Angeboten der Berufsorientierung an Schulen und Ausbildungseinrichtungen;
- Gewährleistung einer angemessenen Ausbildung, Unterstützung, Motivierung und Befähigung von Lehrkräften, Schulleitern, Beratern und anderen Fachkräften, die mit potenziellen oder tatsächlichen Schulabbrechern arbeiten. Dies kann geschehen, indem
 - Investitionen in die Lehrerbildung (Aus- und Fortbildung) getätigt werden, damit Lehrkräfte und Schulleiter über die nötigen Fertigkeiten und Kompetenzen für den Umgang mit gefährdeten Jugendlichen verfügen;
 - dafür gesorgt wird, dass Lehrer und andere Fachkräfte die Jugendlichen als Menschen mit Ideenpotenzial ansehen und nicht als Unruhestifter oder Schulversager; und
 - bei allen Beteiligten hohe Bildungserwartungen geweckt werden – die

Erwartungen der Lehrkräfte sollten sich nicht von den Erwartungen der Schüler aus benachteiligten Verhältnissen unterscheiden.

- die Notwendigkeit, durch die Verbesserung des Zugangs zu einer hochwertigen frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (ECEC) das Fundament für einen gleichberechtigten Eintritt aller Kinder ins Schulleben zu schaffen;
- die Unterstützung von Schülern bei Übergängen zwischen Bildungsebenen, damit diese Übergänge reibungslos erfolgen (wobei die Zusammenarbeit und Kommunikation mit anderen Schulen und Behörden unverzichtbar ist);
- die Sorge dafür, dass die Unterstützungsangebote an Berufsbildungseinrichtungen ausreichen, um den Bedürfnissen der Schülerschaft zu entsprechen;
- die Notwendigkeit differenzierter Wiedereingliederungsmaßnahmen einschließlich Maßnahmen, die auf einem „ganzheitlichen“ Ansatz beruhen, d. h. auf sämtliche Problemlagen von Menschen mit komplexen Bedürfnissen eingehen.